

# Österreich, 2026

## Eine Rechnung

Autor: Thomas Gumpinger, 11.1.2026

Originaltext: <https://politischebefunde.eu/oesterreich-2026-eine-rechnung/>

Strategiepapiere haben in dieser Republik eine kurze Halbwertszeit. Sie signalisieren Handlungsbereitschaft, nicht Entscheidung. Die Industriestrategie 2035, die die Bundesregierung aus ÖVP, SPÖ und NEOS Anfang 2026 vorlegt, unterscheidet sich dennoch von vielen ihrer Vorgänger. Nicht durch ihren Mut, sondern durch das, was sie unfreiwillig offenlegt: Das industrielle Geschäftsmodell Österreichs arbeitet unter Bedingungen, die es selbst nicht mehr steuert.

Die Wirtschaft wächst wieder, statistisch. Für 2026 wird ein reales Plus von rund 1,2 Prozent erwartet. Dieses Wachstum hat einen klaren Ursprung. Es wird nahezu ausschließlich vom privaten Konsum getragen, gestützt durch Reallohnsteigerungen und eine sinkende Inflation. Gleichzeitig stagniert die industrielle Wertschöpfung nach einem massiven Einbruch im Jahr 2024. Die Konjunktur ist zweigeteilt.

Während Haushalte ausgeben, bleiben Unternehmen zurückhaltend. Die Bruttoanlageinvestitionen liegen weiterhin deutlich unter dem Niveau vor der Pandemie. Erweiterungsinvestitionen werden gestrichen oder ins Ausland verlagert, der laufende Betrieb wird lediglich aufrechterhalten. Das ist keine Reaktion auf eine akute Krise, sondern auf fehlende Berechenbarkeit.

### I. Die inneren Verschiebungen

In der politischen Debatte wird diese Entwicklung häufig externalisiert. Energiepreise, geopolitische Brüche, schwacher Welthandel. All das spielt eine Rolle. Es erklärt jedoch nicht, warum sich die Kostenposition Österreichs schneller verschlechtert hat als jene vergleichbarer Standorte.

Ein wesentlicher Teil der Erklärung liegt im Lohnfindungssystem. Die Kopplung der Kollektivvertragsabschlüsse an die vergangene Inflation führte in den Jahren 2023 und 2024 zu Nominallohnsteigerungen, die deutlich über dem Produktivitätszuwachs lagen. In der Industrie stiegen die Lohnstückkosten 2024 zweistellig. Diese Politik stabilisierte kurzfristig den Konsum. Sie verlagerte die Kosten jedoch auf jene Sektoren, die im internationalen Wettbewerb stehen.

Diese Verschiebung ist politisch nicht zufällig.

Die SPÖ trägt sie bewusst. Ihre Kernklientel profitiert von Reallohnsgewinnen und Beschäftigungssicherung. Dass diese Stabilisierung die Wettbewerbsfähigkeit der exportorientierten Industrie schwächt, ist Teil dieser Prioritätensetzung.

Die ÖVP trägt diese Ordnung, weil sie kurzfristige Stabilität höher gewichtet als strukturelle Korrektur. Sie vermeidet offene Konflikte mit den Sozialpartnern und verschiebt Anpassungen dorthin, wo sie leiser erfolgen. Investitionsentscheidungen gegen den Standort erzeugen keinen unmittelbaren politischen Schaden.

Die NEOS benennen die strukturellen Probleme. Ihre Rolle bleibt jedoch begrenzt. Ohne Machtbasis und ohne Mehrheiten bleibt Reformrhetorik folgenlos.

Parallel dazu wuchs die regulatorische Belastung. Die nun angekündigte Reduktion der Berichtspflichten ist weniger ein Reformprogramm als das Eingeständnis, dass sich hier über Jahre ein struktureller Standortnachteil aufgebaut hat.

## II. Die äußereren Abhängigkeiten

Österreichs Abhängigkeiten verschärfen diese Lage. Rund ein Drittel der Exporte fließt nach Deutschland, das 2026 selbst in einer ausgeprägten Strukturkrise steckt. Die Schwäche der deutschen Automobilindustrie wirkt als direkter Übertragungsmechanismus auf heimische Zulieferer.

Hinzu kommt der Energiesektor. Die Großhandelspreise liegen weiterhin deutlich über dem Vorkrisenniveau und weit über jenen in den USA. Gleichzeitig droht ein Anstieg der Netzentgelte. Sinkende Durchleitungsvolumina bei gleichbleibenden Fixkosten führen dazu, dass die Belastung auf immer weniger industrielle Abnehmer verteilt wird. Das ist keine politische These, sondern eine rechnerische Folge politischer Entscheidungen der vergangenen Jahre.

## III. Politik im engen Raum

Die Industriestrategie reagiert mit Instrumenten, auf die sich die Koalition einigen kann. Forschung und Innovation stehen im Zentrum. Die Anhebung der Forschungsquote und die Stärkung der angewandten Forschung greifen keine bestehenden Verteilungsverhältnisse an. Sie verschieben Erwartungen in die Zukunft, ohne die Gegenwart neu zu ordnen.

Innovation ist notwendig. Sie ersetzt jedoch keine Standortrechnung. Hochentwickelte Produkte entstehen nicht dort, wo Energie, Arbeit und Verfahren dauerhaft teurer sind als anderswo.

Die Strompreiskompensation dient in diesem Kontext nicht der Förderung, sondern der Verhinderung von Stilllegungen in energieintensiven Branchen. Ohne sie würden Standorte schließen. Der Blick nach Deutschland erhöht den Druck. Sollte dort ein subventionierter Industriestrompreis eingeführt werden, verschiebt sich der Standortwettbewerb unmittelbar. Österreich verfügt kaum über den fiskalischen Spielraum, darauf zu reagieren.

## IV. Opposition und Vereinfachung

Diese politische Asymmetrie erklärt den Aufstieg der FPÖ. Ihr Wirtschaftsprogramm nutzt die zeitliche Verzögerung wirtschaftlicher Verluste. Forderungen nach nationalen Alleingängen in der Energie- oder Europapolitik sind ökonomisch nicht tragfähig und institutionell nicht umsetzbar. Ihre politische Wirkung beruht auf Klarheit.

Während die Regierung zwischen Defizitverfahren und Sozialstaatsfinanzierung manövriert, liefert die FPÖ einfache Antworten auf verzögerte Verluste.

## V. Das Jahr, das nicht genannt wird

2035 fungiert weniger als Zieljahr denn als Ausweichdatum. Die entscheidenden Jahre liegen früher. Zwischen 2026 und 2028 entscheidet sich, ob Investitionen zurückkehren oder ob Standorte schrittweise ausbluten.

Die Industriestrategie kann diese Entscheidung nicht erzwingen.  
Sie dokumentiert lediglich, dass das Problem erkannt ist.

Die Rechnung liegt auf dem Tisch. Bezahlt wird vorher.

## Journalistischer Nachweis und Quellenverzeichnis

### 1. Makroökonomische Kennzahlen und Prognosen (2024–2026)

- Wachstum & Konsum: Daten des WIFO (Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung) und des IHS (Institut für Höhere Studien). Die Prognose von +1,2 % BIP für 2026 sowie die Konsumstütze von +1,4 % bis +1,9 % basieren auf den Konjunkturberichten vom Dezember 2025.
- Strukturvergleich (2008–2023): Daten des IWF (Internationaler Währungsfonds) und der Weltbank zur langfristigen Erosion der österreichischen Industrieanteile im Vergleich zu Peer-Ökonomen (z.B. Schweiz, Dänemark).

### 2. Kostenstrukturen und Wettbewerbsfähigkeit

- Lohnstückkosten: Die Berechnung der 11,8-prozentigen Steigerung (2024) entstammt den WIFO-Wettbewerbsberichten. Die Analyse zur retrospektiven Lohnfindung (Benya-Formel) bezieht sich auf Publikationen der Österreichischen Nationalbank (OeNB) zur Inflationstransmission.
- Export- und Sektordaten: Statistik Austria (Außenhandelsstatistik). Die Anteile der Exportmärkte (Deutschland ca. 30 %) sowie die Sektorgewichtung (Maschinenbau 46,8 %, Pharma/Chemie ca. 30 %) basieren auf den endgültigen Jahresdaten 2024/25.

### 3. Energiepreise und Systemkosten

- Energiepreis-Spread: Daten der E-Control und der Austrian Energy Agency. Die Prognose zum 1,75-fachen Gaspreisniveau (vs. Vorkrisenzeit) stützt sich auf Terminmarktanalysen des CEGH (Central European Gas Hub).

- Netzentgelte: Die Berechnungen zum „Gas-Netz-Dilemma“ (Fixkostenverteilung bei sinkendem Volumen) basieren auf den Veröffentlichungen des Wirtschaftsausschusses des Parlaments (insb. Berichte PK0230 und PK0250 aus 2025).

#### 4. Politische Programme und Rechtsrahmen

- Regulatorik: Die Zielmarke einer 25-prozentigen Reduktion der Berichtspflichten entstammt dem „Entlastungspaket 2026“ der Bundesregierung (Bundeskanzleramt).
- Europäischer Rahmen: Berichte der Europäischen Kommission zum EU-Defizitverfahren gegen Österreich sowie zu den Verhandlungen über das Interim Trade Agreement (Handelserleichterungen vs. strategische Autonomie).
- Strompreiskompensation: Evaluierungsberichte des Bundesministeriums für Arbeit und Wirtschaft (BMAW) zum Stromkosten-Ausgleichsgesetz (SAG).

#### 5. Politische Konfliktlinien und Narrativ-Analyse

- FPÖ-Positionen: Dokumente der FPÖ Oberösterreich (Haimbuchner/Kolm) zum „Plan F“ sowie parlamentarische Anfragen zu den Auswirkungen des „Green Deal“.
- Klimapolitische Einordnung: Studien der Scientists for Future (S4F) zum sogenannten „China-Effekt“ (Abfluss von Fördergeldern) und zur ökologischen Transformationsfähigkeit der heimischen Schwerindustrie.